

A23 Einrichtung von Stillräumen in den Rathäusern und Bürgerämtern der Stadt Köln

Antragsteller*in: Jusos Lindenthal

Antragstext

- 1 Die Jusos Köln setzen sich dafür ein, in den Rathäusern der Stadt geeignete
- 2 Stillräume einzurichten und dauerhaft bereitzustellen.

- 3 Diese Stillräume sollen gut zugänglich und eindeutig ausgewiesen
- 4 sein, Privatsphäre und Ruhe gewährleisten, hygienisch ausgestattet sein
- 5 (Sitzgelegenheit, Ablage, Waschmöglichkeit in der Nähe) und sowohl für
- 6 Besucher:innen als auch für Beschäftigte nutzbar sein.

Begründung

Rathäuser sind zentrale Orte demokratischer Teilhabe. Bürger:innen kommen hierher, um Anträge zu stellen, Termine wahrzunehmen, Sitzungen zu besuchen oder politisch mitzuwirken. Diese Teilhabe darf nicht daran scheitern, dass Eltern mit Säuglingen keine geeigneten Rahmenbedingungen vorfinden.

Stillen ist ein selbstverständlicher Teil des Alltags vieler Familien. Dennoch fehlt es in öffentlichen Gebäuden häufig an geeigneten Rückzugsorten. Stillende Eltern werden dadurch faktisch gezwungen, Termine zu vermeiden, frühzeitig abzubrechen oder auf ungeeignete Orte auszuweichen. Das erschwert insbesondere Müttern die gleichberechtigte Wahrnehmung von Verwaltungsangeboten und politischer Beteiligung.

Die Einrichtung von Stillräumen ist ein einfacher, aber wirkungsvoller Schritt, um Familienfreundlichkeit konkret umzusetzen, Gleichstellung zu fördern, und die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und gesellschaftlichem Engagement zu verbessern.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um Luxus, sondern um niedrigschwellige, praktikable Lösungen, die mit überschaubarem Aufwand realisiert werden können. Viele Kommunen und öffentliche Einrichtungen gehen hier bereits mit gutem Beispiel voran.

Gerade als öffentliche Arbeitgeberin und demokratische Institution sollte die Stadt eine Vorbildfunktion einnehmen. Stillräume in Rathäusern senden ein klares Signal: Familien und Sorgearbeit gehören selbstverständlich zur gesellschaftlichen Realität – auch im politischen und administrativen Raum.

Mit diesem Antrag stärken wir die Teilhabe von Eltern, machen Verwaltung zugänglicher und setzen ein sichtbares Zeichen für eine moderne, inklusive Kommune.